

Bestpreisklausel bei Booking nichtig, Elbphilharmonie beginnt wieder mit Konzertbetrieb, Sozialbeiträge werden künftig deutlich teurer

Bestpreisklausel bei Booking nichtig

Der Bundesgerichtshof hat sein Urteil am gestrigen Dienstag (18.05.2021) verkündet: Booking.com darf seine Partnerhotels keine Preisvorgaben mehr machen. Bisher war es so, dass Hoteliers, die auf der Plattform gelistet sein wollten, sich zeitweise dazu verpflichteten, ihre Zimmer auf der eigenen Internetseite nicht günstiger anzubieten. Die Folge aus Sicht deutscher Wettbewerbshüter: Die Urlauber zahlten drauf. Urlauber können sich demnach künftig freuen, da das BGH-Urteil verhindert, dass Gäste bei der Hotelbuchung wieder draufzahlen müssen. ([Die Welt](#))

Elbphilharmonie beginnt wieder mit Konzertbetrieb

Ehrlicherweise ist es höchste Zeit: In der Hamburger Elbphilharmonie wird nach sieben Monaten Corona-Zwangspause ab Ende Mai wieder Musik gespielt. Ebenso kann die Aussichtsplattform besucht werden. Konzertbesucherinnen und -besucher müssen einen gültigen negativen Coronatest vorlegen

oder ihren Impfpass ab 14 Tage nach der Corona-Zweitimpfung bereithalten oder ihre Genesung nachweisen. Zudem bleibt die FFP2-Maskenpflicht im Haus bestehen, auch am Platz während des Konzerts. ([Spiegel Online](#))

Sozialbeiträge werden künftig deutlich teurer

Kein Wunder. Aufgrund der Coronakrise werden in den nächsten Jahren Renten, Gesundheit und Pflege deutlich teurer. Die Alterung der Gesellschaft treibt die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und Firmen bis 2040 von heute unter 40 auf 46 Prozent der Bruttolöhne. Das geht aus einem neuen Prognos-Gutachten hervor, das der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Das Prognos-Institut hat für die marktliberale Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) berechnet, wie gerade wegen der demographischen Entwicklung die Sozialbeiträge steigen: In der Rentenversicherung von heute 18,6 bis 2040 auf 23,5 Prozent. Bei der Krankenkasse von 15,7 (inklusive durchschnittlichen Zusatzbeitrag) auf 17,4 Prozent. Und von der Pflege von drei auf 3,7 Prozent. ([Süddeutsche Zeitung](#))